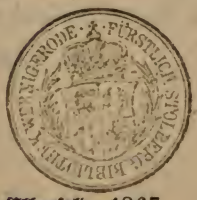
Die
Reichstagswahl
in
Elberfeld-Barmen.

Graf v. Bismarck, Max v. Forckenbeck, Dr. v. Schweitzer.

Ein Beitrag
zur
Geschichte der Parteien im Wupperthal.



Elberfeld, 1867.

Commissions-Verlag von Sam. Lucas.

Ger 2270.67.20

HARVARD COLLEGE LIBRARY
FROM THE
ANDREW PRESTON PEABODY
FUND
June 17, 1933

Digitized by Google

Die Wupperthaler Wahl zum Norddeutschen Reichstag hat weithin gerechtes Aufsehen erregt. Kaum mag es einen zweiten Wahlkreis in Norddeutschland geben, in welchem die Parteien so hervorragende Candidaten aufzustellen in der Lage waren und in welchem, in Folge dessen, die Agitation eine rührigere, die Betheiligung sowohl bei der ersten, wie bei der engeren Wahl eine lebhaftere gewesen wäre. In keinem andern Kreise hat die social-demokratische Partei eine solche Macht entfaltet, und in keinem andern Kreise ist der Candidat der conservativen Partei durch eine so merkwürdige Coalition durchgebracht, wie gerade hier. „Ziemlich unbegreiflich" nannte die „Kreuzzeitung" die Vorbereitungen zur Elberfeld-Barmer Wahl; ziemlich unbegreiflich wird auch dem Fernstehenden das Resultat derselben erschienen sein. Ein wahrheitsgetreuer Bericht über den Verlauf dieser Wahl dürfte daher nicht nur ein locales Interesse haben, sondern allen denen willkommen sein, die erfahren wollen, welchen Umständen es zuzuschreiben ist, daß einer unserer hervorragendsten Politiker, ein Mann, der sich die dankbare Anerkennung aller Parteien erworben hat und ohne sein Wissen und Willen sogar von der Regierung als persona grata bezeichnet wurde, daß Max v. Forckenbeck bis jetzt im Parlamente fehlt.

Elberfeld, im Februar 1867.

Digitized by Google

Digitized by Google

I.

Wie in vielen andern Wahlkreisen der preußischen Monarchie, so waren auch im Wupperthal bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhause an die Stelle der bisherigen freisinnigen Abgeordneten der Regierung durchaus ergebene Männer getreten. Die Forderung der liberalen Partei, daß vor Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes eine Anleihe nicht bewilligt werden könne und dürfe, für welchen Zweck es auch immer sein möge, diese Forderung, deren Berechtigung von der Regierung selbst durch Einbringung des Indemnitätsgesetzes in vollem Umfange später anerkannt wurde, war in das bequeme und wirksame Schlagwort zugespitzt worden: „Die liberale Partei will unsere Brüder im Felde verhungern lassen" — mit dieser Losung und unter dem mächtigen Eindruck der ersten kriegerischen Ereignisse schritten die Wähler zur Abgeordnetenwahl und stimmten für die von den Häuptern der conservativen und altliberalen Partei aufgestellten Candidaten: den Freiherrn v. Vincke und Herrn v. Eynern. Freiherr Georg v. Vincke, der Mann des Augenblicks, der mehrfach gewählt war, lehnte hier ab; an seiner Statt wurde der Staatsminister a. D. Freiherr v. Patow zum Abgeordneten gewählt. Es ist bekannt, daß diesem, unmittelbar nach dem Zusammentritt der Kammern, ein hervorragender Verwaltungsposten in Frankfurt übertragen und dadurch die parlamentarische Kraft desselben für die ganze Dauer der letzten überaus wichtigen Session brach gelegt wurde. Nicht zum wenigsten mag es diesem Umstande beizumessen sein, daß die Abspannung, welche der fieberhaft erregten, stürmischen Kriegszeit folgte, in Elberfeld-Barmen besonders fühlbar wurde: das Interesse für das öffentliche Leben schien erloschen zu sein, der politische Pulsschlag stockte und die bedeutungsvollsten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses gingen fast unbemerkt vorüber. Ohne merkliche Theilnahme erfuhr man, daß das Reichswahlgesetz angenommen sei und daß die Regierung sehr bald von demselben Gebrauch

Digitized by Google

zu machen gedenke: Der Krieg war zu Ende, der Friede geschlossen, der Conflict beseitigt, die Annexion vollzogen — wie konnte man sich da für einen Reichstag echauffiren, über dessen Bestimmung noch Unklarheit herrschte und der vermöge seines nur berathenden Charakters von vornherein auf einen begrenzten Wirkungskreis angewiesen zu sein schien?

Die Liberalen begriffen, daß es ungeheurer Anstrengungen bedürfen würde, um die apathischen Massen aufzurütteln und daß, nach der jüngsten Niederlage, der Kampf bei Zeiten aufgenommen werden müsse, wenn man einiges Terrain gewinnen und wenigstens nicht ganz aussichtslos in die Wahlschlacht gehen wollte. Schon im November vorigen Jahres traten diejenigen, welche durch das Vertrauen der liberalen Wähler die letzte Wahl zum Abgeordnetenhause vorzubereiten und zu leiten berufen waren, zu einer vertraulichen Besprechung zusammen, um sich über die ersten Schritte zur Parlamentswahl zu berathen. Es wurden verschiedene Candidaten, heimische und fremde, in Vorschlag gebracht; gegen den einen wurde dieses, gegen den andern jenes Bedenken erhoben; nur auf Einen Mann vereinigten sich alle Stimmen: und dies war Max v. Forckenbeck. Seine liebenswürdige Persönlichkeit, sein fester Charakter, sein umfassendes Wissen, seine staatsmännische Umsicht, sodann seine Stellung als Präsident der preußischen Volksvertretung, die Dienste, die er dem Vaterlande geleistet, der Einfluß, den er gewonnen, die Achtung, welche er sich bei allen Parteien erworben hatte — mit einem Worte: das, was Forckenbeck war, gethan hatte und galt, ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß, wenn überhaupt die liberale Partei im Wupperthal einen Candidaten durchzusetzen vermöchte, Max v. Forckenbeck derjenige wäre, der die meisten Chancen hätte und vor allem geeignet erscheine, den Wupperthaler Wahlkreis für den Liberalismus wiederzugewinnen. Die einzige Befürchtung, die man hegte, war: daß die Candidatur Forckenbeck's in Elberfeld-Barmen ein frommer Wunsch bleiben würde. Um so freudiger überraschte es, als auf die Anfrage eines Mitgliedes des liberalen Wahlcomités in Elberfeld ein Antwortschreiben des Herrn v. Forckenbeck einlief, in welchem derselbe unserm Wahlkreise, soweit es eben möglich war, eine bindende Zusage machte.

In diesem vom 16. Decbr. datirten Briefe theilte v. Forckenbeck mit, daß man ihn in seinem alten Wahlkreise Pr. Holland-Mohrungen als Candidaten aufstellen wolle und daß er, wenn er dort gewählt würde, aus vielen Gründen dort annehmen müsse; indessen sei dort eine Niederlage der liberalen Partei ziemlich sicher, da der Einfluß der

Digitized by Google

Grund-Aristokratie — es sind allein 11 Mitglieder des Herrenhauses im Kreise ansässig — daselbst viel zu mächtig sei, und überdies der Candidat derselben, das Herrenhausmitglied Herr v. Below-Hohendorf, voraussichtlich auf die kräftigste Unterstützung der Regierung rechnen durfte. „Außerdem," heißt es in dem Briefe wörtlich weiter, „habe ich Anfragen von Königsberg, Danzig, Bromberg, Bonn, ob ich zur Annahme einer Candidatur geneigt sei. Ich für meine Person würde es mir nun zur großen Ehre rechnen, für den Fall der wahrscheinlichen Niederlage in Pr. Holland-Mohrungen Elberfeld-Barmen im Norddeutschen Parlamente zu vertreten und ziehe diese Candidatur aus vielen, auch in der Gestaltung der Parteien liegenden Gründen den übrigen Candidaturen vor. Das ist, glaube ich, die einzige Erklärung, die ich vorläufig, und so wie augenblicklich die Sachen unklar liegen, im Interesse der Sache und Partei geben kann."

Diese Zusage wirkte belebend auf die ganze Partei; jetzt war uns ein Anhaltspunkt gegeben, auf den sich die ganze Agitation stützen konnte, und sofort wurden die ersten Schritte zu einer festen Organisation der seit den letzten Wahlen völlig auseinandergefallenen Partei gethan. Daß die Organisation diesmal eine andere sein mußte, als bei den Classenwahlen, verstand sich von selbst; die Agitation, anstatt wie früher von oben herab, mußte diesmal von unten herauf in's Werk gesetzt, der Schwerpunkt in die Bezirksversammlungen, für welche namentlich die Betheiligung des Arbeiter- und Handwerkerstandes zu gewinnen war, gelegt werden. In diesem Sinne wurde ein Organisationsplan ausgearbeitet, der die Zustimmung der Elberfelder und Barmer Vertrauensmänner fand. Am 2. Januar brachte die „Elberfelder Zeitung" unter dem Titel „Max v. Forckenbeck, Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, der Reichstags-Candidat des Wahlkreises Elberfeld-Barmen," einen Leitartikel, den man als die erste „officielle" Kundgebung der liberalen Partei bezeichnen darf. Das Organ der conservativen Partei beeilte sich (Nr. 2 der „Westl. Prov.-Ztg."), Forckenbeck's Candidatur energisch anzugreifen. Auf die Unterstützung dieser Partei hatte man auch gar nicht gerechnet; wohl aber glaubte man in liberalen Kreisen, daß die Altliberalen mit Eifer die ihnen gebotene Gelegenheit ergreifen würden, um dem unnatürlichen Bündniß mit der Reaction zu entsagen und sich der liberalen Partei anzuschließen. Wir machten die Rechnung ohne den Wirth.

Digitized by Google

II.

Der Sieg der altliberal-conservativen Coalition im vergangenen Sommer mochte die Altliberalen in dem Glauben bestärken, daß sie auch diesmal, und selbst einem Manne wie Forckenbeck gegenüber, ihren eigenen Candidaten durchsetzen würden, und ein solcher war bereits gefunden in der Person des allgemein geachteten und beliebten Herrn Bredt, Oberbürgermeisters von Barmen. Durch diese Candidatur war der Streich, den die liberale Partei mit Forckenbeck geführt hatte, gut parirt; denn im ganzen Thale mochte es kaum einen zweiten Mann geben, der sich so allgemeine Sympathieen und unter allen Parteien so zahlreiche Freunde erworben hatte, wie Herr Bredt durch seine humane und tüchtige Verwaltung, durch seine unermüdliche Thätigkeit und persönliche Liebenswürdigkeit.

Am 7. Januar fand im Bendahl eine Versammlung von Conservativen und Altliberalen statt, in welcher über diese Candidatur ein definitiver Beschluß gefaßt werden sollte. Ganz wider Erwarten konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Obwohl die Candidatur des Herrn Bredt zunächst von Elberfeld aus angeregt war (S. „Barmer Ztg." vom 15. Jan.), waren es doch gerade Elberfelder Mitglieder, welche in jener Versammlung erklärten, daß sie unter keinen Umständen für Herrn Bredt wirken würden; zunächst sei ihnen der Mann zu liberal, sodann könne Elberfeld dem Barmer Verwaltungs-Chef aus Local-Patriotismus die Stimme nicht geben. Es entspann sich eine hitzige Debatte, die zu einer vollständigen Entzweiung der bisher Verbrüderten führte. Die Angriffe auf Herrn Bredt erregten unter den Barmer Mitgliedern Unwillen und Entrüstung, und diesen Angriffen zum Trotz erklärten sie, an dieser Candidatur festzuhalten, während die Elberfelder bei ihrem Widerstande zu beharren versprachen. Gleichzeitig faßte der Preußische Volksverein in Elberfeld (am 8. Januar) einstimmig den Beschluß, bei der bevorstehenden Wahl mit allen Kräften gegen jeden altliberalen Candidaten zu wirken.

Das Barmer Comité für Bredt's Candidatur machte einen letzten Versuch, die widerspänstigen Elberfelder zu beugen; es rechnete sehr richtig: die Herren sind freilich conservativ, aber vor allen Dingen regierungsfreundlich; gelingt es uns, die Regierung für die Candidatur des Herrn Bredt zu interessiren, so werden die Herren ihre Bedenken fallen lassen und für unsern Candidaten agitiren.

Digitized by Google

Ein Barmer Comité-Mitglied begab sich daher nach Düsseldorf zu dem Regierungs-Präsidenten Herrn von Kühlwetter, um die werthvolle Unterstützung der Regierung für diese Candidatur zu gewinnen. Herr von Kühlwetter fragte darauf telegraphisch in Berlin an, welche Stellung die Regierung den Wupperthaler Candidaturen gegenüber einzunehmen gedenke, und erhielt sofort vom Ministerium den sehr überraschenden Bescheid, daß „Herrn von Forckenbeck's Candidatur der Regierung nicht ungenehm sei."

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht durch die Stadt, aber die Wirkung, welche man sich davon versprechen mochte, die entschiedenen Liberalen dem „Regierungs-Candidaten" Forckenbeck zu entfremden, blieb aus. Die Liberalen antworteten damit, daß sie mit ihrer Namens-Unterschrift Herrn von Forckenbeck als ihren Candidaten in den öffentlichen Blättern empfahlen. Herr v. Forckenbeck, der erst von einem Elberfelder Freunde von seinem Avancement zum Regierungs-Candidaten wider Willen Kenntniß erhalten hatte, antwortete telegraphisch: „Ich weiß von dieser Regierungs-Candidatur nichts, gar nichts."

Herr Bredt erklärte jetzt definitiv, man möge seine Candidatur fallen lassen. Das Comité, welches diese Erklärung veröffentlichte, deutete merklich darauf hin, daß es trotzdem die Wahl des Herrn Bredt zu fördern wünsche; „niemals werden wir uns mit den Elberfelder Conservativen wieder vereinigen," erklärte damals ein Barmer Führer, „ihr Verhalten im Bendahl macht uns ein jedes Zusammenwirken mit diesen Herren unmöglich!" Aber die Verhältnisse sollten sich auch diesmal stärker erweisen, als die Menschen.

III.

Inzwischen war von liberaler Seite mit Herrn von Forckenbeck ein reger brieflicher Verkehr unterhalten. Forckenbeck's Briefe contrastirten seltsam mit der vertrauensvollen Stimmung, welche damals noch allseitig herrschte; er sah düster in die Zukunft; wir nannten ihn einen Pessimisten; der erst sechs Wochen später veröffentliche Bundes-Verfassungs-Entwurf gab ihm leider in allen Punkten Recht. Schon am 2. Januar sprach er sich in einem ausführlichen Schreiben in dieser Weise aus. Er besorgte eine sehr ernste Gefahr für die gesammte liberale Entwicklung unserer Zustände, eine Gefahr, wie dieselbe so

Digitized by Google

unmittelbar praktisch drohend seit der Existenz der Verfassung noch nicht hervorgetreten sei. Es werde der ganzen Energie, der ganzen Klugheit und Besonnenheit der gesammten entschieden liberalen Partei bedürfen, einerseits um diese drohende Gefahr abzuwenden, andererseits um dennoch den Norddeutschen Bund mit wirklich einheitlichen und zugleich parlamentarisch liberalen Institutionen zu begründen. Herr v. Forckenbeck hob noch hervor, weshalb gerade er so lebhaft die drohende Gefahr empfinden müsse. Und in der That, gerade diejenigen, die Alles gethan haben, um die preußische Verfassung in ernster Zeit wieder auf feste Füße zu stellen, und die Ende 1866 glauben durften, mit einigen dauernden, bescheidenen, aber wirklichen Erfolgen diese Befestigung der Verfassung erreicht zu haben, gerade sie mußten die Entwicklung, welche in dem Projecte der Regierung damals noch „zu liegen schien," und wie sich jetzt herausgestellt hat, wirklich lag, auf das Bestimmteste bekämpfen. —

In demselben Briefe vom 2. Jan. kündigte uns Herr v. Forckenbeck seinen Besuch an: „Wenn es irgendwie möglich ist, so komme ich am liebsten unmittelbar vor den Wahlen nach Elberfeld, präsentire mich den Wählern in öffentlicher Versammlung, und erfülle damit auch die Pflicht, die meiner Ansicht nach jedem Candidaten gegenüber der Wählerschaft obliegt."

Bald darauf spielte die schon vorher berührte Geschichte von der „Regierungs-Candidatur Forckenbeck's." Die wunderbaren Nachrichten, welche er darüber aus Elberfeld empfing und deren Richtigkeit ihm in Berlin bestätigt wurde, mußten ihn, als unabhängigen Mann, in seinem Entschluß bestärken, nunmehr mit einem festen, übrigens ruhig gehaltenen Programm hervorzutreten: er mußte beweisen, inwiefern die Protection, welche ihm die Regierung ohne sein Zuthun angedeihen ließ, seine Unabhängigkeit zu erschüttern vermochte. Und redlich erfüllte er diese Pflicht gegen sich selbst und gegen seine Gesinnungsgenossen durch das folgende Programm, welches von der „Elberfelder Zeitung" am 19. Jan. veröffentlicht wurde:

„Verehrter Herr!

Die verschiedenen Anschauungen, welche über meine Candidatur für den dortigen Wahlkreis zum Norddeutschen Parlament nach Ihren Mittheilungen hervortreten, nöthigen mich mit wenigen Worten, meine Stellung zu der Frage des Norddeutschen Bundes, soweit dieses ohne Kenntniß der Vorlagen der verbündeten Staaten und bei der Unklarheit der Situation überhaupt möglich ist, zu bezeichnen. Ich ermächtige Sie,

Digitized by Google

geehrter Herr, von diesem Briefe jeden beliebigen öffentlichen Gebrauch zu machen.

Sollte ich in das Norddeutsche Parlament gewählt werden, so werde ich

1) mit Entschiedenheit für die Constituirung des Norddeutschen Bundes wirken, weil ich in derselben den Uebergang zu dem gesammtdeutschen Staate und zugleich ein mächtiges Mittel für dieses Ziel erkenne, weil ich ferner der Ueberzeugung bin, daß eine einheitliche und freie Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes auf allen Gebieten der Volkswirthschaft wesentlich zur Hebung des geistigen und materiellen Wohles von ungefähr 29 Millionen Deutschen beitragen kann.

Vor Allem muß das Militär- und Kriegs-Marine-Wesen einheitlich in den Händen Preußens concentrirt werden.

2) Seit 17 Jahren ringt aber das Preußische Volk in seiner vorhandenen, und wie ich glaube, neu befestigten Verfassung, welche bald auch in den neuerworbenen Landestheilen, also für fast 24 Millionen Deutsche, das feste Band zwischen Fürst und Volk sein wird, nach Freiheit der Einzelnen, Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen, und Verwirklichung der in der Verfassung der Volksvertretung beigelegten Rechte.

Mit dem lebhaften Bestreben für die Constituirung des Norddeutschen Bundes muß ich daher die gleiche lebendige Sorge dafür verbinden, daß die freiheitliche Entwickelung der Preußischen Verfassung nicht durch die Einrichtungen des Norddeutschen Bundes verhindert oder gehemmt werde.

3) Jedenfalls kann ich, eingedenk des Ausspruches des Abgeordnetenhauses in der Adresse vom 23. August v. J., Rechte des Preußischen Volks und der Preußischen Volks-Vertretung nur dann zu Gunsten eines künftigen Norddeutschen Parlaments aufgeben, wenn diesem die volle Ausübung dieser Rechte gesichert ist. Sollte daher, wie die Zeitungen berichten, die Feststellung eines dauernden Normal-Militär-Etats von 1 Prozent der Bevölkerung, mit 225 Thlr. jährlich für jeden Soldaten als Grundgesetz des Bundesstaates gefordert werden, so müßte ich diese Forderung, als für die Zwecke des Bundesstaates entbehrlich und für die freiheitliche Entwickelung desselben gefährlich, bekämpfen.

4) Die Norddeutsche Volksvertretung kann meiner Ansicht nach der Diäten- und Reisekosten-Zahlung an die Abgeordneten nicht entbehren, wenn sie wirklich die lebendigen und tüchtigen Kräfte im Volke in sich aufnehmen soll.

Digitized by Google

Es ist für dieselbe auch nach dem Entwickelungsgange unseres Verfassungslebens die Zulassung der Beamten geboten.

5) Das allgemeine directe, gleiche, geheime Wahlrecht verlangt unbedingt, soll es eine in jeder Beziehung unabhängige Volksvertretung verbürgen, erweiterte Sicherstellung der Rechte der einzelnen Staatsbürger.

Der Beurtheilung dieser Grundsätze, meiner jetzt achtjährigen Thätigkeit im preußischen Abgeordnetenhause, demnach der unabhängigen Ueberzeugung der Wähler, muß ich es überlassen, ob sie mir ihre Stimme geben können, oder nicht.

Berlin, den 16. Januar 1867.

v. Forckenbeck.

Nach Veröffentlichung dieses Programms, das unter allen Parteifreunden die ungetheilteste Anerkennung fand und in ganz Norddeutschland Aufsehen erregte, konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, was diese „Regierungscandidatur" zu bedeuten habe. Das Elberfelder Organ der Conservativen, ein wahres enfant terrible der Partei, verbreitete auch unmittelbar darauf über diese Angelegenheit helles Licht. Am 22. Januar ließ es sich von seinem Berliner Correspondenten berichten: „Wenn man die verklausulirte Erklärung dieses Herrn (nämlich Forckenbeck's) gelesen hat, so muß man einigermaßen staunen, daß die Regierung einen solchen Freund nicht zurückweist. Indessen ist bei der Entscheidung der Regierung wohl hauptsächlich die loyale Haltung von Einfluß gewesen, welche Herr v. Forckenbeck als Präsident des Abgeordnetenhauses bewiesen hat, eine Haltung, welche fast den Verdacht begründet erscheinen läßt, Herr v. Forckenbeck habe bei seiner Erklärung mehr beabsichtigt, seine alten politischen Freunde zu beschwichtigen, als eine Stellung gegen die Regierung anzunehmen." Mit andern Worten: Forckenbeck hat hohle Phrasen gemacht, um es mit seinen Freunden nicht zu verderben; im übrigen wird er hübsch zahm sein und thun, was die Regierung verlangen mag! Es sollte dadurch offenbar das Vertrauen der liberalen Partei zu ihrem Candidaten untergraben werden, während auf der anderen Seite voraussichtlich kein Conservativer für denselben, trotz aller Regierungscandidatur, nach Aufstellung des bekannten Programms stimmen würde. Das war, wenn nicht die Absicht, so doch die wahrscheinliche Folge der wohlwollenden Unterstützung, welche die Regierung Forckenbeck zuzuwenden erklärt hatte; und wenn diese Folge nicht eintrat, wenn die liberale Partei trotzdem fest zusammenhielt, so war dies nicht das Verdienst der

Digitized by Google

Regierungsleute. Am 23. Januar erklärte das kleine conservative Blatt: „Wir haben Herrn v. Forckenbeck's Candidatur von Anfang an bekämpft und werden sie nach Veröffentlichung seines Programms erst recht bekämpfen."

Man hatte nämlich schon einen andern conservativen Candidaten in petto.

IV.

Am 23. Januar überraschte die „Westl. Prov.-Ztg." die Wupperthaler Leser durch die folgende Mittheilung, welche in großen Lettern an der Spitze des kleinen Blattes prangte:

„* Elberfeld, den 23. Januar. Eine gestern Abend im Locale des hiesigen „Preußischen Volks-Vereins" stattgehabte Versammlung von Conservativen aus Elberfeld, Unterbarmen, Wupperfeld, Rittershausen und Wichlinghausen beschloß einstimmig, Se. Excellenz den Herrn Finanzminister, Freiherrn von der Heydt, als Candidaten für die Wahl zum Norddeutschen Reichstage aufzustellen."

Zwei Tage darauf schrieb dasselbe Blatt: „* Elberfeld, 25. Jan Wie wir hören, machen sich gewisse Kreise hier und in Barmen Hoffnung, die Conservativen würden an ihrem aufgestellten Candidaten, dem Herrn Minister v. d. Heydt, nicht festhalten, sondern auch einem andern Candidaten, der weniger ministeriell wäre, ihre Stimme geben. Wir können dem gegenüber nur auf das Bestimmteste versichern, daß daran unter allen Umständen nicht zu denken ist."

Also von der Heydt for ever! Es war ein kurzer, schöner Traum. Er währte drei Tage. Am 28. Januar ließ man die pomphaft auf den Schild erhobene Candidatur friedlich hinabgleiten in die Nacht der Vergessenheit.

V.

Bis zu diesem Augenblick hatte die Wahlbewegung im Wupperthal einen ziemlich ruhigen Verlauf genommen. Da wurde von Düsseldorf her ein neuer Candidat verkündet, ein Vertreter der „großen enterbten Masse des Volkes", die am 12. Februar „ihr Ostern", „ihren Auferstehungstag" feiern sollte: und dieser Mann war Herr Dr. J. B. von Schweitzer, der Redacteur des „Social-Demokrat."

Digitized by Google

Es ist bekannt, daß im Schooße der socialdemokratischen Partei seit dem Tode des Begründers derselben, Ferdinand Lassalle, eine Spaltung eingetreten ist, und daß sich die früheren Parteigenossen auf das Rücksichtsloseste und Leidenschaftlichste befehden. Eigenthümlich war es, daß gerade im Wupperthal der Führer der socialdemokratischen Schismatiker seinen Sitz hatte, daß die beiden Häupter dieser Partei in unserm friedlichen Thal aufeinanderstoßen sollten. Herr Hugo Hillmann, früher Lassalle's Bevollmächtigter in Elberfeld-Barmen, sorgte bei Zeiten dafür, daß seinem Gegner Herrn Dr. v. Schweitzer die Wege geebnet würden. Am 26. Januar, an dem Tage, da Herr v. Schweitzer in Barmen seinen Einzug hielt, erschien ein von Herrn Hillmann und 30 Genossen unterzeichnetes, fulminantes Flugblatt gegen den Arbeitercandidaten, in welchem wider denselben folgende Beschuldigungen erhoben wurden:

1) Herr Dr. J. B. v. Schweitzer sei in Mannheim „wegen unsittlicher Handlungen mit jungen Menschen, speciell mit einem Maurerlehrling verhaftet, zur Untersuchung gezogen und zu 14tägiger Gefängnißstrafe verurtheilt worden."

2) Derselbe habe die ihm zur Zeit des Bundesschießens anvertrauten Gelder „gewissenlos verwaltet."

3) Derselbe habe die Sache der Arbeiter in einer solchen Weise durch die Presse vertreten, daß die Koryphäen der Arbeiterpartei, welche dem „Social-Demokrat" ihre Mitarbeiterschaft zugesagt hatten, nämlich Freiligrath, Marx, Engels, Liebknecht, Herwegh, Joh. Phil. Becker, Rüstow und Reusche, wegen der reactionären Haltung des Blattes von demselben zurückgetreten seien.

4) Herr Dr. v. Schweitzer sei von der Reaction erkauft. Zur Unterstützung dieser Behauptung machte das Hillmann'sche Flugblatt Folgendes geltend: Herr v. Schweitzer, so berichtete dasselbe, sei, um die Sympathieen der mißtrauisch gewordenen Arbeiter wiederzugewinnen, auf die Idee gekommen, den Märtyrer zu spielen: „Er schrieb nun fast tagtäglich sehr geharnischte Artikel gegen die Regierung in seinem „Social-Demokrat", und brachte es in Folge dessen bald so weit, daß ihm der Prozeß gemacht wurde, und ein Urtheil auf 16 Monate Gefängniß gegen ihn erfolgte. Im Gefängniß jedoch entpuppte sich sehr bald Herrn von Schweitzer's heuchlerisches Spiel und der verschmitzte feudal-socialistische Doppelgänger wurde sehr bald, wenn auch nicht von allen, doch von vielen Arbeitern in seiner wahren Gestalt wieder erkannt. Nachdem der Herr J. B. v. Schweitzer

Digitized by Google

einige Zeit im Gefängnisse zugebracht hatte, glaubte er ganz bestimmt, nunmehr sich als fertiger Märtyrer der Arbeitersache qualificiren zu können. Es handelte sich jetzt für ihn nur noch darum, daß der nach seiner Meinung fertige Märtyrer von Schweitzer das gewissenlose Spiel des Heuchlers und Intriguanten von Schweitzer's unterstütze. Herr J. B. von Schweitzer wurde sehr bald, angeblich auf Grund gänzlich zerrütteter Gesundheit, aus dem Gefängnisse beurlaubt, derselbe bereiste indessen kurz nachher, trotz seiner angeblich gänzlich zerrütteten Gesundheit, Preußen, überhaupt Deutschland; kündigte große Volksversammlungen an, in welchen er als Agitator socialistische Vorträge halten werde, so in Hamburg, Erfurt, später in Leipzig, gleichfalls hier in Barmen, wo es indessen wegen „plötzlicher Verhinderung" des betreffenden Herrn zu keinem Vortrag gekommen ist. Das Hin- und Herreisen des Herrn von Schweitzer zwischen Berlin, Hamburg, Erfurt, Leipzig, Rheinland ꝛc. trotz seiner gänzlich zerrütteten Gesundheit und trotz der polizeilichen Ueberwachung, um als Agitator der social-demokratischen Partei socialistische Vorträge zu halten, erscheint sonderbar genug, und wissen wir bis heute noch nicht, auf welche Weise es Herrn von Schweitzer gelungen ist, die vorangeführte polizeiliche Ueberwachung zu heben. Was indessen diese Angelegenheit noch räthselhafter erscheinen lassen muß, ist, daß Herr von Schweitzer, der vor seiner Verurtheilung, wie allgemein bekannt ist, gänzlich mittellos war, nunmehr fortwährend über hunderte, wenn nicht tausende von Thalern verfügt. Der todtkranke Mann betrieb nach seiner Beurlaubung mit seinen Helfershelfern und im Bunde mit der Reaction die Sprengung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins stärker denn je bevor, verreist und verthut mit seinen Trabanten große Summen Geldes ꝛc. ꝛc."

Das Hillmann'sche Flugblatt, das in tausenden von Exemplaren verbreitet wurde, erregte begreiflicherweise bedeutendes Aufsehen; seinen unmittelbaren Zweck, Herrn Dr. von Schweitzer bei den hiesigen Arbeitern unmöglich zu machen, erreichte es indessen nicht. Das deutete schon die an demselben Abend (26. Januar) abgehaltene Arbeiterversammlung (auf dem Döppersberg) an, in welcher Herr Hillmann durch Schreien und Toben am Sprechen verhindert wurde, und das bestätigte vollends der am darauffolgenden Tage in der Schützenhalle zu Barmen vereinigte „Rheinisch-Westfälische Arbeitertag."

Digitized by Google

In dieser Versammlung trat Herr Dr. J. B. von Schweitzer persönlich auf. Der große Saal war drückend voll; es war ein Sonntag, tausende von Arbeitern hatten sich eingefunden und ein großer Theil derselben war entschieden für die Schweitzer'sche Candidatur eingenommen. Die andern, nicht schweitzerisch gesinnten Theilnehmer an dieser Versammlung, welche durch die Neugierde angelockt waren, verhielten sich durchaus passiv, während die Anhänger des Herrn von Schweitzer bei jedem Angriff auf die Fortschrittspartei wändeerzitternden Beifall riefen. Ein Redner der Fortschrittspartei unterzog sich der undankbaren Aufgabe, für die liberale Sache zu sprechen. Natürlich vergeblich. Der conservativen Partei wurde von keinem der socialdemokratischen Redner ein Haar gekrümmt; ja einer derselben machte sich sogar zum Vertheidiger der dreijährigen Dienstzeit, denn, führte er aus, die fortschrittlichen Fabrikanten plaidirten blos deshalb für die zweijährige Dienstzeit, um die Löhne herabzudrücken, weil dadurch die Arbeitskraft vermehrt und das Angebot noch bedeutender würde! Waldeck, Twesten und Gneist wurden von einem Buffo, den man sich aus Düsseldorf verschrieben hatte, mit dem Prädicate „Halunken" geziert. Die bekannten Invectiven gegen die „Geldsäcke" ꝛc. ꝛc. kehrten selbstredend in den meisten Reden wieder.

Neben Herrn Dr. von Schweitzer war die interessanteste Persönlichkeit dieser Versammlung Herr Hugo Hillmann. Der Versuch, ihm das Wort abzuschneiden, wurde durch Vermittlung eines Liberalen vereitelt. Herr Hillmann erhielt das Wort zu Punkt II. der Tages-Ordnung: „das Erfurter Programm." Die Rede entsprach insofern den Erwartungen, welche man an dieselbe gestellt hatte, nicht, als die Personenfrage in derselben nicht zur Sprache kam und, nach der Tages-Ordnung, auch nicht zur Sprache kommen konnte. In der Sache aber steht Herr Hillmann auf dem Standpunkte Ferd. Lassalle's, den ja auch Herr Dr. v. Schweitzer einzunehmen behauptet. — Das Erfurter Programm wurde unter großem Jubel angenommen. Es enthält bekanntlich folgende Glaubensartikel:

1) Gänzliche Beseitigung jeder Föderation, jedes Staatenbundes, unter welcher Form es auch sei. Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staats-Einheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann: Durch Einheit zur Freiheit!

2) Einführung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung und Diätenzahlung für die staatlichen Volks-

Digitized by Google

Vertretungen im gesammten deutschen Vaterlande. Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte.

3) Forderung, daß dem jetzt zusammenberufenen Parlament das Recht der beschließenden und nicht blos berathenden Stimme in allen Angelegenheiten zustehe

4) Anbahnung der Lösung der socialen Frage durch freie Arbeiter-Associationen mit Staatshülfe nach den Principien Ferdinand Lassalle's.

Als letzter Punkt der Tagesordnung war klugerweise die „Wahlrede des Herrn Dr. J. B. von Schweitzer" bezeichnet. Man durfte auf die Rede eines social-demokratischen Candidaten, dem unter andern der Vorwurf in's Gesicht geschleudert war, von der Reaction erkauft zu sein, einigermaßen gespannt sein. Man erwartete eine fulminante Widerlegung. Dieselbe erfolgte indessen nicht. Des Hillmann'schen Flugblattes mußte Herr v. Schweitzer gedenken; die Wirkung desselben war eine zu bedeutende gewesen; er that dies in folgender Weise: Er sprach die Hoffnung aus, daß sich die Arbeiter nicht durch einen „Wisch" terrorisiren lassen würden; übrigens sei er bereit, das Flugblatt zu verlesen und Punkt für Punkt durchzugehen, wenn die Versammlung es verlange. „Verlangen Sie es?" (Rufe: nein! nein! ja! ja!) „Ich danke Ihnen, meine Herren, ich danke Ihnen!" Sprach's und schwieg.

Nachdem Herr v. Schweitzer seine Wahlrede beendet hatte, erklärte der Vorsitzende die Tagesordnung für erledigt. Da meldete sich Herr Hugo Hillmann mit Stentorstimme zum Wort. Es entstand ein Lärmen und Toben, aus dem mit Bestimmtheit nur das entnommen werden konnte, daß die Anhänger des Hrn. Dr. v. Schweitzer Herrn Hillmann unter keinen Umständen zu Worte kommen lassen wollten. Der Vorsitzende erklärte hierauf die Versammlung für geschlossen.

VI.

Die conservative Partei hatte inzwischen nicht gefeiert: sie suchte nach einem Compromißcandidaten, auf den sich wiederum die Stimmen aller conservativen und altliberalen Wähler vereinigen könnten. Die von dem „Preuß. Volksverein" angeregte Candidatur des Finanzministers Freiherrn v. d. Heydt hatte nämlich in dem großen altliberal-conservativen Heerlager die begeisterte Anerkennung, die man sich anfänglich davon versprochen haben mochte, nicht gefunden; ebenso entschieden,

Digitized by Google

wie die Elberfelder Conservativen die Candidatur des Herrn Oberbürgermeisters Bredt bekämpft hatten, traten jetzt die Barmer Altliberalen der Heydt'schen Candidatur entgegen. In dem frohen Bewußtsein, daß in den Principienfragen unter den nur vorübergehend feindlichen Brüdern vollkommenes Einverständniß herrsche und daß daher auch über die Personenfrage eine Einigung erzielt werden würde, traten die Mitglieder dieser beiden Parteien am 28. Januar im Barmer Vereinshause zu einer Berathung zusammen und das Resultat derselben war, daß die Führer des „Preuß. Volksvereins" sich der Majorität unterordneten, ihre Privatcandidatur fallen ließen, und den Compromißcandidaten acceptirten: dieser war endlich gefunden in der Person unsres Ministerpräsidenten, des Grafen v. Bismarck.

Sicherlich war es eine gute Idee, dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses den Präsidenten des Staatsministeriums gegenüberzustellen — nur in Einem Punkte schien die Candidatur des letzteren einige Schwierigkeiten darzubieten: Herr v. Forckenbeck hatte sich zur Annahme eines Mandats in Elberfeld-Barmen bereit erklärt; von dem Grafen Bismarck aber waren Briefe in die Oeffentlichkeit gedrungen, in welchen er seinen festen Entschluß, ein Mandat nicht anzunehmen, kundgegeben und denselben durch seinen Gesundheitszustand und seine überhäuften Beschäftigungen ausdrücklich motivirt hatte. In diesem Sinne hatte sich Graf Bismarck in drei Briefen ausgesprochen (Anfang Januar nach Lauenburg, 10. Jan. nach Gardelegen, 18. Jan. nach Marburg); ein officieller, vom Grafen Bismarck ausgehender Widerruf war nicht erfolgt und ein großer Theil der Wähler mußte annehmen, daß diese Candidatur nur ein Wahlmanöver sei.

In den Flugblättern, Zeitungen und in den Versammlungen entspann sich über diese Frage: wird Graf Bismarck annehmen oder nicht? eine langwierige Debatte, die natürlich erst nach der Wahl ihr Ende finden sollte.

Die Liberalen erklärten von Anfang an: Graf Bismarck nimmt, nach seinen eigenen Aussagen, überhaupt kein Mandat an; hat er seine Ansichten, wie von gegnerischer Seite behauptet wird, wirklich geändert und sich bereit finden lassen, zur Vertretung eines Wahlbezirks, so wird er jedenfalls nicht dem unsrigen, sondern einem heimischen märkischen, oder einem Kreise aus den neuerworbenen Provinzen den Vorzug geben.

Bei den Conservativen bedurfte es einiger Wandlungen, bis der Satz: Graf Bismarck nimmt an, zum unerschütterlichen Glaubensartikel erhoben wurde. Die Wahrhaftigkeit, welche das kleine Parteiorgan,

Digitized by Google

die „Westliche Provinzialzeitung" bei dieser Gelegenheit an den Tag gelegt hat, verdient einige Beleuchtung:

I. Graf Bismarck nimmt ein Mandat an.

„†† Berlin, 15. Januar. Die Zeitungen versichern, Graf Bismarck habe erklärt, kein Mandat für den Norddeutschen Reichstag annehmen zu wollen. Dies muß auf einem Mißverständniß beruhen.*) Graf Bismarck wird sich allerdings um kein Mandat bewerben, weil er sich nicht in politische Debatten einlassen will, er wird aber, wie versichert wird, ein ihm aus freien Stücken angebotenes Mandat annehmen, wenn nicht etwa besondere bei der Wahl vorgekommene Umstände dies unthunlich erscheinen lassen sollten." (Westl. Prov.-Ztg. Nr. 14.)

II. Graf Bismarck nimmt ein Mandat für Elberfeld nicht an.

„* Elberfeld, 21. Januar. Nach einer hier eingetroffenen Antwort sieht sich Se. Excellenz, der Herr Minister-Präsident Graf Bismarck aus Rücksicht gegen seine Gesundheit und die vielen Arbeiten des Norddeutschen Reichstages zu seinem Bedauern nicht in der Lage, ein Mandat für den letzteren anzunehmen."

(Westl. Prov.-Ztg. Nr. 17.)

III. Graf Bismarck nimmt doch an. — Nein!

„†† Berlin, 22. Januar. Ich weiß aus bester Quelle, daß Graf Bismarck ein Mandat grundsätzlich nicht zurückweist (deshalb auch einer der Candidaten für Berlin ist), ich kann mir also nicht erklären, wie in einem dort eingetroffenen Schreiben, falls dasselbe aus unterrichteter Feder geflossen ist, das Gegentheil gesagt sein kann. (Wir haben das Schreiben selbst gelesen. Die Red.")

(Westl. Prov.-Ztg. Nr. 19.)

IV. Graf Bismarck nimmt nicht an.

Bericht über die Versammlung im Vereinshause; aus der Rede des Herrn Beißenherz, Redacteur der „Westl. Prov.-Ztg."

„Die genannten Preuß. Volks-Vereine hätten nun auf die Aufstellung eines genehmen Candidaten Seitens des Comité's gewartet; während dessen ein Glied derselben auf eine private Anfrage eine ablehnende Antwort vom Herrn Minister-Präsidenten erhalten habe." (Westl. Prov.-Ztg. Nr. 25.)

---

*) Zur Erläuterung des „Mißverständnisses": Briefe des Minister-Präsidenten nach Lauenburg, Marburg (10. Januar) und Gardelegen (18. Januar). In dem letzten heißt es:

„Ew. ꝛc. erwidere ich auf die gefällige Zuschrift vom 8. d. M. ergebenst, daß die Arbeiten des Norddeutschen Reichstages bei ihrer Wichtigkeit und ihrem Umfange die ganze Thätigkeit seiner Mitglieder in Anspruch nehmen werden, und daß ich mich deshalb bei meiner Ueberhäufung mit Geschäften und mit Rücksicht auf meinen noch immer zu schonenden Gesundheitszustand entschließen muß, auf eine Wahl zum Reichstage zu verzichten. Indem ich daher Ew. ꝛc. ergebenst ersuche, von meiner Person gefälligst absehen zu wollen u. s. w."

Digitized by Google

V. Graf Bismarck nimmt ganz entschieden an.

„* Elberfeld, 1. Februar. Wenn die „Elbf. Ztg." behauptet, Graf B. habe jede Candidatur abgelehnt, so ist das entschieden eine Unwahrheit. [1]) Er hat allerdings auf verschiedene Anfragen — um auch den Schein einer Bewerbung um ein Mandat zu vermeiden — verneinend geantwortet aus allgemeinen Gründen aber nie und nirgends erklärt, eine vollzogene Wahl abzulehnen. [2]) Im Gegentheil, er hat mündlich wiederholt versichert, eines der ihm durch Erwählung angetragenen Mandate anzunehmen. Das sind wir aus bester Quelle zu erklären im Stande. [3]) Wie sollte es auch anders sein! Unter seinen Augen stellt man ihn in Berlin auf; würde man das thun, wenn er jede Wahl ablehnen wollte? Er hat aber auch nirgends erklärt, daß er eine vollzogene Wahl eines andern Kreises einer solchen in Elberfeld vorziehen würde." [4]) (Westf. Prov.-Ztg. Nr. 27.)*)

VII.

Jetzt hatte das Organ der Conservativen eine feste Position gewonnen: Graf Bismarck wird hier annehmen, wir wollen ihn ruhig

*) Geschwindigkeit ist keine Hexerei. In Nr. 25 erklärt der Redacteur der „Westf. Prov.-Ztg.": ein Comitémitglied habe vom Minister-Präsidenten auf eine private Anfrage in Betreff des Mandates eine ablehnende Antwort erhalten; in Nr. 27 erklärt dasselbe Blatt, Graf Bismarck nimmt an; er hat es mündlich wiederholt versichert. Im Uebrigen machen wir zu der obigen Mittheilung folgende Anmerkungen:

1) Man vergleiche die Briefe des Minister-Präsidenten nach Lauenburg, Marburg, Gardelegen und Elberfeld. (Der Inhalt des letztern in Nr. 17 der „Westf. Prov.-Ztg." mitgetheilt.)

2) „Bei meiner Ueberhäufung mit Geschäften und mit Rücksicht auf meinen noch immer zu schonenden Gesundheitszustand muß ich auf eine Wahl zum Reichstag verzichten." (Brief des Minister-Präsidenten nach Marburg vom 18. Januar.)

3) Ein liberales Flugblatt interpellirte die Anhänger der Bismarck'schen Candidatur in folgender Weise:

„Wenn die Conservativen verbreiten, Graf Bismarck würde eine hier auf ihn fallende Wahl dennoch annehmen, so mögen sie auch mit ihren Beweisstücken nicht hinter dem Berge halten und die Antwort des Minister-Präsidenten auf die an ihn ergangene Anfrage, ob er ein Mandat für Elberfeld annehmen werde, der Oeffentlichkeit übergeben! Die Wahrheit braucht das Licht nicht zu scheuen." Es erfolgte hierauf keine Antwort.

4) In dem Briefe nach Lauenburg erklärte Graf Bismarck, „daß er bereits einem andern Wahlkreise gegenüber sich engagirt habe." In dem Briefe nach Gardelegen heißt es:

„Indem ich deshalb bitte, für den dortigen Wahlkreis, in welchem sonst, als der Wiege der preußischen Monarchie, eine Wahl besonders ehrenvoll für mich gewesen wäre, von meiner Person abzusehen" ꝛc. ꝛc.

Digitized by Google

wählen; es mag auf einer optischen Täuschung beruht haben, wenn wir, wie wir in Nr. 19 behaupteten, einen Brief des Ministerpräsidenten gesehen haben wollen, in welchem derselbe sich zu seinem Bedauern nicht in der Lage zu befinden erklärte, ein Mandat für Elberfeld anzunehmen. (Nr. 17 und Nr. 25.) Die Gegner sprechen die Unwahrheit, wenn sie jetzt dasselbe sagen. Graf Bismarck nimmt das Mandat an. Die Versammlung im Barmer Vereinshause hat es also beschlossen; mithin hat die Sache ihre Richtigkeit.

Mit Gegnern, welche eine solche Wahrheitsliebe bethätigen, verständigt man sich nicht leicht.

Von jetzt ab wurde täglich, durch Annoncen, Flugblätter oder selbstständige Artikel, mit unerschütterlicher Festigkeit auf das Bestimmteste wiederholt, daß die „Behauptung der Gegner", wir würden, wenn Graf Bismarck den Sieg davontrüge, hier vergeblich wählen, ein einfaches Wahlmanöver sei. Ein guter Conservativer werde sich dadurch nicht beirren lassen ꝛc. ꝛc. Es sei über allen Zweifel erhaben, daß Graf Bismarck das Mandat nicht ablehnen würde. Im Uebrigen schien die Candidatur keiner besondern Empfehlung zu bedürfen.

In den conservativen Annoncen und Flugblättern wurde für den Candidaten Grafen Bismarck nur Folgendes gesagt:

1) „Der große Staatsmann, der Oesterreich aus Deutschland vertreiben half und Preußen mächtig und geehrt unter den Nationen machte, der wird auch weiter einigen und das deutsche Werk krönen."

2) „Im Auftrage der Versammlung bitten wir alle Wähler auf das Dringendste, dem Manne, welcher als Staatsmann von ganz Europa bewundert wird, und der schon so Großes für unser Vaterland gethan, durch unsere Wahl einen Beweis dankbarer Anerkennung und vollen Vertrauens zu geben. Besseren Händen können wir unser Mandat nicht anvertrauen."

3) „Also lasset uns zum Abgeordneten des Wahlbezirks Barmen-Elberfeld ihn wählen, den größten Staatsmann Preußens seit fünfzig Jahren, den kühnen und weisen Rath des Königs, den Begründer preußischer und deutscher Größe, und durch unsere Wahl einen Beweis dafür liefern, daß in uns Anerkennung, Dank und Verehrung lebendig und wirksam sind."

Dasselbe Thema erfuhr noch einige andere stilistische Varianten; aber allen Empfehlungen ohne Ausnahme lag dasselbe Motiv zu Grunde: „Wir müssen dem großen Staatsmanne ein Vertrauensvotum geben."

Digitized by Google

Die Einwendungen, welche von liberaler Seite in der Presse und in den Versammlungen (so namentlich auf dem Johannisberg am 11. Febr.) gegen die Candidatur Bismarck's erhoben wurden, waren gleichfalls sehr einfach. Sie lassen sich in die folgenden Punkte zusammenfassen:

1) Braucht Graf Bismarck gar nicht in's Parlament gewählt zu werden, um seine Meinungen und Vorschläge daselbst zur Geltung zu bringen, da er als preußischer Ministerpräsident ohnedies vor dem Parlament das Wort führen wird.

2) Ist die Verfassung, die dem Norddeutschen Parlamente zur Berathung und Annahme vorgelegt werden soll, im Wesentlichen Graf Bismarck's Werk. Ueber dieses Werk soll im Parlamente die Stimme der Vertreter des Volkes gehört werden. Wählen wir demnach statt eines unabhängigen und mit der Sache noch nicht befaßten Mannes, statt eines Vertreters des Volkes, den Vertreter der Regierung in dem Grafen Bismarck selbst in das Parlament, so widersprechen wir damit dem Zwecke, den dieses Parlament auch nach Ansicht unserer Regierung erfüllen soll.

3) Steht Graf Bismarck in den wichtigsten Fragen der inneren Politik, wie er selbst noch in jüngster Zeit versichert hat, durchaus auf dem Standpunkte seiner Freunde im Herrenhause. Wer also eine Verfassung im Sinne unseres Herrenhauses nicht will, kann auch die Wahl des Grafen Bismarck nicht wollen.

4) Hat Graf Bismarck selbst mehreren anderen Wahlkreisen gegenüber erklärt, man möge bei der Wahl zum Reichstage von seiner Person abstehen.

5) Hat unser Wahlkreis nicht die mindeste specielle Veranlassung, dem Grafen Bismarck ein specielles Vertrauensvotum zu geben, das aber nur in ganz speciellen Fällen, wenn eine besondere Dankbarkeit oder Anhänglichkeit vorhanden wären, seine Berechtigung haben könnte.

Daß diese Einwendungen im Großen und Ganzen wirkungslos bleiben und nur eine geringe Anzahl von Conservativen und Altliberalen in das Lager der Anhänger Forckenbeck's hinüberziehen würden, war bei der Disciplin der conservativen Partei kaum anders zu erwarten. Indessen gab es doch eine kleine Schaar vorurtheilsfreier Regierungsfreunde, welchen diese Gründe einleuchteten und auf welche namentlich die Erklärung der Regierung, daß ihr Forckenbeck's Wahl in Elberfeld-Barmen nicht unangenehm sei, Eindruck gemacht hatte. Die conservativen Stimmführer konnten besorgen, daß diese kleine Schaar

Digitized by Google

sich verstärken würde und dieser Gefahr mußte bei Zeiten Einhalt geboten werden. Es galt also, nicht nur die Wahl des großen Staatsmannes als besonders empfehlenswerth darzustellen, sondern auch Forckenbeck als einen durchaus gefährlichen Menschen zu schildern. Dieser Aufgabe unterzogen sich die Conservativen mit mehr Ausdauer und Leidenschaftlichkeit, als Geschick und Anstand.

Man verfuhr dabei in folgender Weise: Forckenbeck, sagte man, gehört zur Fortschrittspartei. Die Fortschrittspartei „hat Preußen an den Rand des Abgrundes gedrängt." „Der Geifer des Fortschritts hat des Königs Minister bespritzt." Im vergangenen Jahre war es diese Partei, welche Friedens-Resolutionen faßte. „Der Uebermuth des Feindes wuchs zusehends im Hinblick auf dieses Friedensgewimmer. Im Innern sollte es die Zuversicht des Königs und seines Volkes brechen. Aber dieses Volk, das Volk, dessen Reihen die Männer entstammen, welche Oesterreich und seine Genossen zu Boden warfen, hielt treu an seinem Könige und wies das Friedensgewimmer mit Verachtung zurück. Das ist das Thun und Treiben der Fortschrittspartei. Der Kampf gegen das eigene Ministerium galt ihr mehr, als die Vertheidigung des Landes gegen das Ausland, wie jüngst Graf Bismarck aussprach. Ihr wißt nun, was wir von Forckenbeck zu erwarten haben. Vielleicht sagt uns Jemand: Angesichts der großen Thaten des Königs und seiner Regierung hat sich Forckenbeck geändert. Allerdings hat er in einigen wichtigen Fragen für die Regierung gestimmt; das waren aber nur solche, wo seine Partei dem Volke nicht ihre wahre Gestalt zeigen durfte, wo dieselbe mit der Regierung gehen mußte, wenn sie nicht sich vor dem Volke vernichten wollte. Sein Programm beweist uns, daß er das alte böse Spiel nicht aufgibt. Nicht auf festen unantastbaren gesetzlichen Grundlagen soll die Heeresmacht des Norddeutschen Bundes ruhen, sondern alljährlich sollen Forckenbeck, Gneist, Virchow und wie die Leute ferner heißen, über sein Sein und Nichtsein entscheiden, um alljährlich auf den König und seine Regierung in gewohnter Weise einen Druck auszuüben, um sich selbst zum wirklichen Herrscher zu machen. Ihr seht, Forckenbeck ist auch heute noch der Alte, und gehört zu den Männern, vor welchen uns die Regierung in Nr. 5 des Regierungs-Amtsblattes so nachdrücklich warnt."

Diese Stellen sind einem Flugblatte der Bismarck'schen Partei wörtlich entnommen. Ein Artikel der „Westl. Provinzial-Zeitung" schloß sogar mit den Worten: „Möge andern Städten die Schmach vorbehalten sein, Demokraten, Oppositionsmänner oder Menschen in

Digitized by Google

den Reichstag zu wählen, „die sich schamlos vom Vaterlande losgesagt haben und im Dienste des Auslandes stehen!“ Nicht also wir Wupperthaler!“

Gegen den Vaterlandsverräther Forckenbeck, vor welchem „in Nr. 5 des Regierungsamtsblattes so nachdrücklich gewarnt worden war“, wurden aber noch andere Bedenken erhoben und, wer die eigenthümlichen Verhältnisse des Wupperthals kennt, wird wissen, daß gerade sie die wirksamsten waren; denn sie beruhten auf der Confession: Max v. Forckenbeck ist Katholik, und dies allein genügte in den Augen einer überwiegend großen Zahl der Wupperthaler Conservativen, um dem Candidaten der liberalen Partei ihre Stimmen nicht zu geben, mochte er im Uebrigen der allgemeinsten Sympathie würdig sein, mochte er auch in nicht einer einzigen politischen Frage sich durch seine Confession haben bestimmen lassen. Freilich traten die conservativen Führer, in gerechter Besorgniß, das Odium der Lächerlichkeit auf sich zu laden, mit dieser schweren Beschuldigung nicht vor die Oeffentlichkeit; aber desto eifriger wurde im privaten Gespräch aus der Confession politisches Capital geschlagen. So unglaublich es klingen mag, es ist eine Thatsache, daß die Niederlage Forckenbeck's im Wupperthale gerade diesem Umstande vor allen Dingen zuzuschreiben ist.

Nur einmal wurde dieses Moment öffentlich ausgebeutet. Am 1. Februar brachte das Elberfelder Localblatt, der „Tägliche Anzeiger“, folgende Annonce: „Katholiken! Gemäß dem Erlaß unseres hochwürdigen Erzbischofs lasset uns bei bevorstehender Parlamentswahl dem Herrn Max von Forckenbeck unsere Stimme geben, fest überzeugt, daß derselbe die Interessen unserer heil. Kirche gut vertreten wird. Ein Katholik.“

Es ist überflüssig, hinzuzufügen, daß der Einsender dieses „ein Katholik“ unterzeichneten Inserats ein guter protestantischer Conservativer war. Derselbe wurde Tags darauf in demselben „Täglichen Anzeiger“ entlarvt. Selbstredend beeilte sich die conservative „Westl. Prov.-Ztg.“, die obige Annonce in ihren redactionellen Theil aufzunehmen; und natürlich spielte die Redaction die naive, indem sie vorgab, an den katholischen Ursprung des Inserats zu glauben, um zu der Einschaltung: „v. Forckenbeck ist bekanntlich Katholik!“ Gelegenheit zu finden.

Freilich merkte man die Absicht, aber die Conservativen wurden nicht verstimmt und agitirten munter gegen den politisch wie confessionell gefährlichen Max v. Forckenbeck weiter.

Digitized by Google

VIII.

In einem Punkte trafen die Agitationen der Liberalen und Conservativen zusammen: in der Bekämpfung der Candidatur des Herrn Dr. J. B. v. Schweitzer. Wenn Herr Dr. v. Schweitzer später erklärt hat, die liberale Presse sei vor allem mit beispielloser Gehässigkeit gegen ihn aufgetreten, so ist dies einfach unrichtig. Wir bemerken dies, nicht um die liberale Presse zu rechtfertigen — denn es bedarf keiner Rechtfertigung, um Herrn Dr. v. Schweitzer persönlich und politisch zu bekämpfen —, sondern nur, um die Gründe, welche dieser Candidat später für sein merkwürdiges Verhalten geltend machte, in ihrer völligen Nichtigkeit darzulegen.

In Betreff des Herrn Dr. v. Schweitzer ließ es sich die „Elberf. Ztg." genügen, die Reden desselben möglichst vollständig mitzutheilen; den Socialdemokraten selbst und dem Organe der conservativen Partei blieb es überlassen, wirklich aggressiv gegen die Person des Herrn v. Schweitzer vorzugehen.

In Nr. 29 brachte die „Westl. Prov.-Ztg." folgende Correspondenz:

„Vom Main, 1. Februar. Sie haben in Ihrem Blatte mitgetheilt, daß Herr J. B. von Schweitzer als Candidat für das Norddeutsche Parlament in Ihrem Thale aufgetreten sei. Da Ihnen derselbe so in die Nähe gerückt ist, so wird es Ihnen erwünscht sein, aus der Vergangenheit dieses Mannes Einiges zu erfahren. — J. B. von Schweitzer spielte in den Jahren 1860—62 in Frankfurt a. M. und Umgegend eine nicht unbedeutende Rolle in den Turner- und Schützen-Vereinen. Die Turnvereine des Maingaus waren zu einem Bunde zusammengetreten, den v. Schweitzer leitete und die Jünglinge desselben thaten mir damals in der Seele weh, daß sie sich einen Mann zum Führer erwählt hatten, der sich kurz vorher in einer Schrift ernstlich mit der Abschaffung des Christenthums beschäftigt hatte. Der Glanzpunkt seiner „Rolle" waren die Tage des Frankfurter Schützenfestes, also Sommer 1862, in denen er die offizielle „Festzeitung" redigirte. Aber etwa ein Jahr später lief plötzlich durch die Frankfurter Blätter die Nachricht, Schweitzer sei in Mannheim wegen eines Vergehens gegen die Sittlichkeit gefänglich eingezogen worden. Und so war es; später wurde auch seine Bestrafung gemeldet. Nach Frankfurt zurückgekehrt, konnte er sich natürlich anfangs in den ihm früher ergebenen Vereinen nicht sehen lassen. Als er es denn später einmal wagte, sich in einer Versammlung der Turner einzufinden, wiesen ihm diese die Thüre. v. Schweitzer machte nun in öffentlichen Blättern bekannt, sein Erscheinen in jener Versammlung habe auf einem Mißverständnisse beruht, der Grund der ihm bewiesenen Unfreundlichkeit seien die Lügen, die gelegentlich seiner Verhaftung in Mannheim über ihn verbreitet worden seien. Aber er hätte besser geschwiegen; denn die Turner forderten ihn nun öffentlich auf, das Erkenntniß des Mannheimer Gerichts über ihn zu publiciren, widrigenfalls würden sie

Digitized by Google

die von ihm als „Lügen" bezeichneten Gerüchte auch fernerhin für Wahrheit halten. Darauf schwieg v. Schweitzer; er konnte nicht anders. — Wahrlich derartige Leute rechnen auf ein sehr unwissendes Publikum oder auf ein kurzes Gedächtniß desselben!"

Einige Tage darauf enthielt der „Barmer Anzeiger", das amtliche Organ der Oberbürgermeisterei Barmen, folgende Mittheilung:

„Barmen, 5. Februar. Auf Grund hier eingegangener amtlicher Nachrichten sind wir im Stande, folgende authentische Notizen über die bisherigen gerichtlichen Bestrafungen des hierselbst als Parlamentscandidaten aufgestellten Dr. jur. Joh. Baptist v. Schweitzer mitzutheilen." (Es folgt eine Aufzählung von Verurtheilungen wegen Preßvergehen. Dann hieß es in dem „Barmer Anzeiger" wörtlich weiter):

„Von diesen Strafen hat er jedoch nur einen kleinen Theil wirklich verbüßt, da die Allerhöchste Amnestie vom 20. September 1866 ihm zu Gute kam. Außerdem wurde Schweitzer im Jahre 1862 wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch öffentliche Verübung einer unzüchtigen Handlung von dem Großherzoglich Badischen Hofgerichte zu Mannheim zu einer Amtsgefängnißstrafe von 14 Tagen verurtheilt, welche er auch verbüßt hat. Dagegen ist er im Jahre 1859 zu Frankfurt a. M., als er des unzüchtigen Benehmens gegen junge Mädchen verdächtig war, seitens der dortigen Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt worden."

Am 8. Februar schrieb die „Westl. Prov.-Ztg." in einem Anfluge sittlicher Entrüstung:

„Wir haben es bisher vermieden, uns speciell mit Herrn von Schweitzer zu beschäftigen, eingedenk des Sprüchworts: Wer Pech angreift, besudelt sich. Herr Hugo Hillmann hier liebt es nun, bei seinen Agitationen gegen genannten Herrn die abgeschmackte Behauptung immer zu wiederholen: Herr von Schweitzer handele im Einverständniß mit der „Reaction", (soll heißen der conservativen Partei) stehe in deren Diensten, die Geldmittel, welche Herr von Schweitzer besitze, seien demselben von der Reaction zur Verfügung gestellt." Der letztgenannte Herr (von Schweitzer) selbst scheint sich den Anschein zu geben, als ob etwas Wahres an der Sache sei; so soll er in seinen „Vorträgen" und „Reden" uns Conservative nur wenig bekämpfen und der „B.-A." erhielt offenbar in Folge seines gestern mitgetheilten Artikels über Herrn von Schweitzer mit dem Poststempel Barmen folgenden Brief von „zierlicher Hand": „Merken Sie denn nicht, daß Sie durch Ihre Veröffentlichung gegen Herrn von Schweitzer der Fortschrittspartei, d. h. den Gegnern der Regierung in die Hand arbeiten? Man wird Ihr Verfahren in Berlin geeigneten Orts zur Erörterung bringen." Wir wissen keinen Ausdruck, um dieses Verhalten des Herrn von Schweitzer zu bezeichnen und haben mit diesem Menschen nichts gemein."

Soviel um zu beweisen, daß die conservative Partei vor der ersten Wahl Herrn Dr. v. Schweitzer nicht allzu glimpflich behandelt hat. Bei der engern Wahl änderte sich das allerdings.

Die heftigsten Invectiven wurden aber von den Socialdemokraten selbst gegen Herrn v. Schweitzer geschleudert. Wir haben des Hill-

Digitized by Google

mann'schen Flugblattes schon gedacht; noch schonungsloser geißelte den Wupperthaler Arbeiter-Candidaten eine in Genf bei Jean Gérand „als Manuscript gedruckte" Broschüre, unter dem Titel: „Der Socialdemokrat und seine Helfershelfer", welche unmittelbar vor der ersten Wahl vertheilt wurde. Dieselbe kam zu dem folgenden Schlusse:

„Herr von Schweitzer hat sich im Wahlkreis Reichenbach-Neurode in Schlesien und in Barmen als Candidat aufstellen lassen. In Nr. 6 des „Social-Demokrat" von 1867 veröffentlicht er eine Ansprache an seine Freunde und Parteigenossen in Schlesien und im Rheinland, worin er sich zur Wahl empfiehlt. Er vergißt dabei hervorzuheben, daß sein Vergehen gegen die Sittlichkeit in Mannheim, seine vielen politischen Farbenwechsel, seine Intriguen und Verleumdungen, seine Versuche, die Organisation des Vereins zu untergraben, jedenfalls auch zu demjenigen gehört, was er „geleistet" und worauf er sich so stolz beruft. Wir haben in dieser Schrift hinlängliches Material zur Beurtheilung Schweitzer's beigebracht und wir müssen gestehen, daß wir in der ganzen Welt keine Partei wissen, die tief genug stände und schlecht genug wäre, um es zu dulden, daß ein solches Subject in einem Parlament sie vertreten dürfte. Aber Herr von Schweitzer treibt die Frechheit so weit, sich neben Lassalle zu stellen und sich als den Einzigen darzustellen, der die Sache der Arbeiter mit den Waffen des Geistes zu führen im Stande wäre, und sich Euch gegenüber als geistigen Erben F. Lassalle's zu repräsentiren. Hier mangeln uns die Worte, um die Schamlosigkeit gebührend zu kennzeichnen. Ein Schimpf und eine Schmach ist es, wenn überhaupt der Name „Schweitzer" unter den Anhängern Lassalle's genannt wird, jedes ehrliche Parteimitglied schämt sich auf das Tiefste bei dem Gedanken, daß ein „Schweitzer", der von allen Parteien mit Ekel ausgespieen wurde, überhaupt als Social-Demokrat genannt werden kann. Wenn die Arbeiter in Barmen und Reichenbach-Neurode noch eine Spur von Achtung vor dem Namen Lassalle haben, müssen sie im wildesten Zorn sich gegen die ihnen von einigen Intriguanten aufgezwungene Candidatur Schweitzer's erheben und ein Schrei der Wuth muß durch ganz Deutschland gehen, wo immer treue Anhänger Lassalle's sein mögen, ob solcher Schändung des unsterblichen Meisters. Für Schweitzer kann nur ein Ehrloser, ein Verräther an Lassalle, ein offener Feind der Arbeiter stimmen."

Dessen ungeachtet blieb Herr v. Schweitzer dabei, daß es gerade die liberale Partei sei, welche ihn auf das schmählichste verleumdet habe. Denn alle Beschuldigungen, welche gegen den Candidaten der Arbeiterpartei erhoben worden waren, wurden von diesem, kurz vor Thoresschluß, am Abend des 10. Februar, als „Verleumdungen" und „Schmähungen", welche „gegen die Sache der Arbeiter" gerichtet seien, bezeichnet. Ueber die Hauptpunkte äußerte sich Dr. v. Schweitzer in dieser Versammlung auf der Kluse wie folgt: „Man hat mich zunächst eines Unzuchtverbrechens bezüchtigt. Ich kann Ihnen auf das Bestimmteste versichern, daß ich einer solchen Ursache wegen niemals verurtheilt

Digitized by Google

worden bin. Sie können das schon daraus entnehmen, daß ich jetzt hier vor Ihnen stehe; ich würde nach einer solchen Verurtheilung ja gar nicht in dem Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein. Man hat ferner gesagt, ich hätte auf dem Schützenfest in Frankfurt Gelder veruntreut. Auch nicht einen Schatten von Wahrheit hat diese Aussage für sich. Hätte ich so Etwas gethan, so stünde ich jetzt hier nicht vor Ihnen, sondern säße, und zwar mit Recht, im Zuchthause. Man hat behauptet, ich stünde im Solde der Reaction; und folgerte das daraus, daß ich, obschon arm, doch über bedeutende Mittel verfüge. Nun, wer sich über meine Vermögensverhältnisse unterrichten will, der reise nach meinem Heimathsorte, und er wird erfahren, daß ich einer reichen Familie angehöre."

Dieser letzte Punkt war der kitzlichste: man wußte allgemein, daß Herr Dr. v. Schweitzer während seines Aufenthaltes in Barmen bedeutende Geldsendungen erhalten hatte, man wußte überdies, daß die Agitation in der Weise, wie sie betrieben wurde, daß die Inserate, der Druck der Flugblätter und Stimmzettel ꝛc. bedeutende Kosten verursachten, man wußte endlich, daß bisher ohne Widerruf öffentlich behauptet worden war, Herr Dr. v. Schweitzer, der allerdings einer sehr angesehenen Familie angehört, besitze persönlich gar kein Vermögen.*)

---

*) So heißt es in der Broschüre „Die Geschichte der social-demokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Ferd. Lassalle's." (Berlin, 1865. Th. Lemke's Buchhandlung.) auf Seite 11: „Zur Ergänzung dieser Biographieen sei hier nur bemerkt, daß Hofstetten durch seine Heirath mit einer Gräfin v. Strachwitz einiges Vermögen besitzt. Schweitzer dagegen ist mittellos und lebte damals seit längerer Zeit auf Kosten des v. Hofstetten, dessen Bekanntschaft er auf dem Schützenfeste zu Frankfurt a. M. machte."

Ferner brachte der „Nordstern" in Nr. 312 eine Correspondenz aus Brandenburg d. d. 19. Mai 1865, welche von Johann Phil. Becker veröffentlicht wurde und u. A. Folgendes enthielt: „So nahe die Vermuthung liegt, daß der „Socialdemokrat" Subvention erhalte, habe ich doch noch keine genügenden Anhaltspunkte, dies zu behaupten; sicher ist's jedoch, daß er darauf speculirt, und läßt es sich auch leicht berechnen, daß dieses Blatt bei seiner jetzigen Redactions- und Distributionsweise, und zahlenden Abonnenten ohne große Opfer nicht bestehen kann. Woher sie nehmen? Schweitzer ist ein Herr von Habenichts, und Hofstetten, der auch ein Herr von Hattenichts war und nur durch eine Frau zum Herrn von Habetwas geworden ist, besitzt keineswegs so viel, daß er noch längere Zeit Zuschüsse machen konnte, und ist überdies nicht er, sondern seine Ehehälfte, die gnädige Standesherrin, Herr und Meister. Wie Sie wissen, hat der arme Schlucker von Schweitzer, seinen Namen zu erhöhen, seinen Geist zu

Digitized by Google

Jetzt auf einmal trat Herr v. Schweitzer mit der Behauptung hervor, seine Mittel erlaubten ihm diese Ausgaben. Allerdings hatte

---

verwerthen, seinen Leib zu befriedigen, Gastrollen über Politik, Socialismus, Philosophie und praktischen Sensualismus gegeben und „ubi bene, ibi patria", sprach und schrieb er in Wien österreichisch, in München bayerisch und in Berlin preußisch u. s. w." (Ebendas. S. 52.)

Die schon erwähnte Broschüre „der Socialdemokrat und seine Helfershelfer" (gedruckt bei Jean Gérand in Genf) sprach sich über dieselbe Angelegenheit in folgender Weise aus: „Die finanziellen Verhältnisse des „Socialdemokrat" sind ein Punkt, über welchen Klarheit zu erlangen, nicht so ganz leicht ist. Herr v. Schweitzer besitzt kein Vermögen, das ist bekannt. Hofstetten's Frau dagegen hat ein Vermögen von circa 30,000 Thaler, von welcher Summe jedoch bereits vor ihrer Heirath mit Hofstetten ein Theil verwendet wurde. Von diesem Gelde soll der „Socialdemokrat" existiren. Bei seiner äußerst geringen Abonnentenzahl, welche die Ziffer 700 in der glänzendsten Zeit seines Bestehens nicht überstieg und welche jetzt ungefähr 220 beträgt, erfordert das Blatt bei ganz mäßigem Ansatz jährlich einen baaren Zuschuß von 2500 Thalern. Dazu kommt die für die Existenz von Schweitzer und Hofstetten nothwendige Summe, die wir sehr niedrig auf 1500 Thaler veranschlagen. Es sind mithin jährlich 4000 Thaler erforderlich, die, da Hofstettens Kapital höchstens jährlich 1500 Thaler Zinsen trägt, zu einem Theil von 2500 Thalern jährlich vom Kapital genommen werden müssen. Hofstetten hat selbst geäußert, daß er 12000 Thaler bereits verloren habe. Sei es nun, daß obiges Kapital, von welchem natürlich auch die Caution für den „Socialdemokrat" gestellt werden mußte, bereits aufgezehrt ist, oder sei es, daß Frau v. Hofstetten einen Theil ihres Vermögens in Sicherheit gebracht hat, daß es nicht in dem Schlunde des „Socialdemokrat" verschwinde — genug, es sind Fälle dagewesen, daß Hofstetten sich betreffs des Blattes in tiefster Geldverlegenheit befunden hat. Andererseits hat es Perioden gegeben, in denen Schweitzer und Hofstetten sich im Besitz größerer Geldsummen befunden haben. Namentlich ist in Bezug auf Schweitzer zu bemerken, daß seine Ausgaben in durchaus keinem Verhältniß zu der Summe stehen, die ihm Hofstetten nach seinen beschränkten Mitteln zur Verfügung stellen kann. Daß der „Socialdemokrat" aus der Vereinskasse keine Zuschüsse empfängt, steht fest. Es würde daher die Annahme, daß Schweitzer und Hofstetten von anderer, nicht social-demokratischer Seite mit Fonds versehen werden, an sich sehr nahe liegen, wenn dieser Umstand nicht durch Thatsachen, die wir sogleich anführen werden, zur Evidenz bereits nachgewiesen wäre. Im Jahre 1865 brachte die „Rheinische Zeitung" die Notiz, daß in feudalen Kreisen für zwei Socialdemokraten Geld gesammelt werde. Sofort fühlten sich die Herren v. Schweitzer und Hofstetten, die in jener Notiz durchaus nicht genannt waren, getroffen, erklärten in heftigster Weise jene Notiz für eine Lüge und Verleumdung und drohten der Redaction der „Rheinischen Zeitung" mit einer Verleumdungsklage. Bis jetzt, Januar 1867, haben sie sich aber wohlweislich gehütet, diese Klage anzustrengen und die Redaction der „Rheinischen Zeitung" zu zwingen, die derselben, wie wir wissen, zu Gebote stehenden Beweise vor Gericht vorzulegen."

Digitized by Google

schon zwei Tage vorher in einer Barmer Versammlung ein Herr Leyerzapf, welcher den Aufruf für die Schweitzer'sche Candidatur mit unterzeichnet hatte, mitgetheilt, „Herr v. Schweitzer sei zwar jetzt noch nicht vermögend, derselbe habe aber eine große Erbschaft zu erwarten, auf die er Vorschüsse bekomme."

Diese, wie die von Herrn Dr. v. Schweitzer abgegebenen Erklärungen schienen die social-demokratischen Arbeiter vollauf zu befriedigen; nur einige wenige Stimmen fielen von Herrn Dr. v. Schweitzer ab, nur wenige Arbeiter stimmten für den kurz vor der Wahl (6. Febr.) von einem andern „social-demokratischen Wahlcomité" aufgestellten Candidaten, Herrn Hugo Hillmann.

IX.

In dichten, fest geschlossenen Reihen traten am 12. Februar die drei Parteien an die Wahlurne heran. Die Betheiligung war eine außergewöhnlich starke. Von allen Wahlberechtigten übten 70 Procent (17,460 Wähler) ihr Wahlrecht aus. Das amtlich mitgetheilte Resultat der Wahl war folgendes:

	in Elberfeld,	in Barmen,	Zusamm.
Es wurden Stimmen abgegeben . .	8742	8718	17,460
davon a) für ungültig erklärt	39	42	81
b) für gültig erklärt	8703	8676	17,379
Die absolute Majorität betrug also			8690
Es erhielten Stimmen:			
1) Minister-Präsident Graf v. Bismarck .	3478	3044	6522
2) Rechts-Anwalt Max von Forckenbeck zu Elbing	3510	2612	6122
3) Dr. jur. J. B. v. Schweitzer	1687	2987	4674
4) Hugo Hillmann	23	29	52
5) Verschiedene Personen	5	4	9

Keiner der Candidaten hatte also die absolute Majorität erhalten. Die in der Mitte der Städte liegenden Bezirke stimmten mit überwiegender Majorität für Herrn v. Forckenbeck, die ländlichen Bezirke für den Grafen v. Bismarck, die Arbeiterbezirke, namentlich in Barmen, für Herrn v. Schweitzer. In Elberfeld erhielt der Candidat der liberalen

Digitized by Google

Partei einige Stimmen mehr, als der der Conservativen, während der Candidat der socialdemokratischen Partei um mehr als fünfzig Procent hinter den beiden andern zurücksteht. Dagegen balancirten sich in Barmen die für den Candidaten der conservativen Partei abgegebenen Stimmen ungefähr mit denen der Socialdemokraten und der Candidat der liberalen Partei blieb hier um ein paar hundert Stimmen hinter denen seiner Gegner zurück.

Die Wahl hatte gelehrt, daß die conservative und die liberale Partei ungefähr gleich stark waren (6500, 6100 Stimmen) und daß die socialdemokratische Partei mit ihren 4700 Stimmen bei der engeren Wahl die entscheidende sein würde. Auf diese Erkenntniß begründeten die Conservativen ihre neue Tactik.

X.

Herr v. Forckenbeck war durch seine Stellung als Präsident des Abgeordnetenhauses bis unmittelbar vor der Wahl an Berlin gefesselt gewesen; es blieb ihm kaum noch die erforderliche Zeit, um seine amtlichen Geschäfte abzuwickeln, nach seiner Heimath Elbing sich zu begeben und dort sein Wahlrecht auszuüben; er sah sich somit außer Stande, vor der Wahl sich den Wupperthaler Wählern vorzustellen. Wie er vorhergesehen hatte, war er in Pr. Holland-Mohrungen seinem conservativen Gegner unterlegen, auch in Elbing trug der Landrath v. Brauchitsch den Sieg über ihn davon; alle anderweitigen Anerbieten hatte er aber, mit Rücksicht auf seine Zusage in Elberfeld, zurückgewiesen und so mußte also die engere Wahl in unserm Kreise darüber entscheiden, ob Max v. Forckenbeck in das Parlament kommen sollte, oder nicht.

Graf Bismarck war in den Jerichow'schen Kreisen mit großer Majorität gewählt.

Die socialdemokratische Partei hatte es früher mannigfach als einen ihrer Grundsätze hingestellt, bei der ihr aufgedrungenen Alternative, entweder für einen Liberalen oder für einen Conservativen zu wählen, mit aller Thatkraft und Entschiedenheit für den Ersteren zu wirken.

Fernstehende mußten daher glauben, daß Forckenbeck's Wahl in Elberfeld gesichert sei. Die Fernstehenden irrten sich.

Digitized by Google

Es standen jetzt nur noch zwei Gegner im Plane; die Tactik der Parteien erfuhr dadurch nothwendiger Weise bedeutende Modificationen.

Die Liberalen beriefen sich darauf, daß Graf Bismarck in Jerichow gewählt sei, Max v. Forckenbeck, den alle Parteien im Parlamente zu sehen ein Interesse haben müßten, nur noch durch Elberfeld-Barmen vor dem Zusammentritt des Reichstags einen Sitz in demselben erhalten könnte; sie beriefen sich ferner auf den mittlerweile veröffentlichten Bundesverfassungs-Entwurf und auf die zahlreichen Regierungswahlen, auf die großen Gefahren, welche bei einer solchen Vorlage und bei einer solchen Zusammensetzung des Parlaments der Entwickelung unserer verfassungsmäßigen Zustände drohten: kein Arbeiter, der wirklich ein Socialdemokrat sei, könne seine Hand dazu bieten, einen Conservativen mehr und einen Verfechter der volksthümlichen Freiheiten und Rechte weniger in's Parlament zu bringen.

Die Conservativen beharrten natürlich bei ihrer Behauptung, daß Graf Bismarck, obwohl er anderweitig gewählt sei, dennoch in Elberfeld-Barmen die etwa auf ihn fallende Wahl nicht ablehnen würde. In Nr. 41 schrieb die „Westl. Prov.-Ztg.": „Daß Graf Bismarck in mehreren Kreisen gewählt worden ist, benutzen unsere Gegner, indem sie behaupten, er könne also die hiesige Wahl nicht annehmen; um deshalb eine nochmalige Wahl zu vermeiden, müsse man Herrn v. Forckenbeck wählen. Den gegenüber können wir mittheilen, daß Graf Bismarck eine Erklärung, welche der ihm vorliegenden Wahlen er annehmen will, erst dann abgeben wird, wenn ihm auch die Wahl von Elberfeld-Barmen vorliegt. Uebrigens merkt man auch zu deutlich, daß jene Behauptung nichts weiter als ein Wahl-Manöver ist."

Tag für Tag, bis zur engeren Wahl, ja sogar noch nach derselben wurde diese Unwahrheit wiederholt. Erst durch den von den Elberfelder Blättern veröffentlichten Brief des Grafen v. Bismarck an den kgl. Wahlcommissar, den Herrn Oberbürgermeister Lischke vom 26. Februar wurde die Wahrheit aufgedeckt, und die Conservativen verstummten. Graf Bismarck schrieb u. A.: „Zu meinem aufrichtigen Bedauern befinde ich mich nicht in der Lage, diese ehrenvolle Wahl anzunehmen, da ich bereits als Abgeordneter des Jerichow'schen Wahlkreises fungire, welcher bald nach der erfolgten Wahl durch eine Deputation mich um eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung ersuchen ließ. Ew. Hochwohlgeboren und die geehrten Herren, welche

Digitized by Google

mich im dortigen Bezirke gewählt haben, werden mit mir in dem Gefühle übereinstimmen, daß ich jener Deputation keine ausweichende Antwort geben, die Annahme der bereits vollzogenen Wahl nicht von dem noch ungewissen Ausfalle der engeren Wahl in Elberfeld-Barmen abhängig machen durfte, ohne die Wähler des Jerichow'schen Kreises empfindlich zu verletzen."

Im übrigen machten die Conservativen gegen Forckenbeck und für den Grafen Bismarck folgende Momente geltend: Die Fortschrittspartei, sagten sie, habe für die Arbeiter nichts gethan. Graf Bismarck aber habe den Arbeitern das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht gegeben und auch die Staatshülfe schon praktisch, gegen den Willen der Fortschrittler, wenigstens bei einer Gelegenheit, eintreten lassen. Zum Beweise dafür brachte die „Westl. Prov.-Ztg." in Nr. 40 als Leitartikel, nach den stenographischen Berichten des Abgeordnetenhauses, die Rede des Ministerpräsidenten über die Affaire der Waldenburger Weber, die darauf als Flugblatt vertheilt wurde. Dem Abdruck der Rede waren folgende Worte vorangestellt:

„Vor zwei Jahren hatte bekanntlich eine Deputation von schlesischen Webern (aus Waldenburg) Audienz bei Sr. Majestät dem Könige und trug demselben in einer Petition ihre Klagen über zu geringen Lohn, schlechte Behandlung ꝛc. vor. Die Unterzeichner waren theilweise auch aus der Fabrik des Herrn (Abg.) Reichenheim. Dieser fühlte sich verletzt und griff den Herrn Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause heftig an. „Dieser habe mit der Weberdeputation nur einen politischen Puff in Scene setzen wollen, und das Königthum dazu gemißbraucht." Der Herr Ministerpräsident Graf Bismarck hielt darauf heute vor 2 Jahren, am 15. Februar 1864, eine Rede im Abgeordnetenhause, aus welcher wir folgende Stellen hier mittheilen, weil sie bezeugen, daß unsere Regierung Herz und Ohr hat für die Klagen der Arbeiter und den besten Willen, abzuhelfen, wo es möglich ist."

Wir waren weit entfernt von dem Tage — es waren fast vierzehn Tage vergangen — da dieselbe conservative Partei ein Flugblatt verbreitet hatte, welches sich über dieselbe Frage der Staatshülfe, wie folgt, ausgesprochen hatte: „Drei Männer werden uns als Abgeordnete empfohlen, wir müssen entscheiden, wer unser Mann ist. Den ersten bieten die Socialdemokraten uns an: Johann Baptist v. Schweitzer. Mit vollen Händen streut er seine Saat in den vom Fortschritt gepflügten Boden. Dem irregeleiteten Volke verheißt er eine herrliche Zukunft. Der Arbeiter soll Eigenthümer der Fabrikunternehmung sein,

Digitized by Google

der Staat, das heißt seine Mitbürger, ihm das Kapital verschaffen. Der Staat, das heißt die Mitbürger, sollen also das Kapital verlieren, wenn das Unternehmen mißräth; gelingt dasselbe, dann wird der Arbeiter die Früchte ziehen. Das ist der Kern der Lehre, welche Schweitzer lechzenden Ohren verkündet, deren Ausführung unmöglich ist, und wäre sie möglich, ungerecht sein würde. Nur diese Begierde aufzustacheln vermag diese Lehre, aber das Bedürfniß nicht zu befriedigen!"

Jetzt wurden andere Hebel angesetzt: Graf Bismarck war jetzt eigentlich nur ein verkappter Social-Demokrat, und mit Begeisterung rief ein Conservativer in einem Flugblatte den Arbeitern zu: „Die Arbeiterpartei kann nur dem Manne ihre Stimme geben, dem sie die Gabe des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung verdankt, dem Ministerpräsidenten Graf von Bismarck, dem Manne, der dem Arbeiter durch diese Gabe dazu verholfen hat, den ersten Schritt auf der Bahn zur Selbstständigkeit zu thun, der ihn wenigstens in politischer Beziehung mit den andern Klassen auf dieselbe Stufe gestellt hat."

Aber die conservative Partei ließ es sich nicht nur genügen, Graf Bismarck zu verherrlichen, Forckenbeck mußte in den Staub gezogen werden und dies Geschäft besorgte ein Conservativer, dessen Namen man bald erfahren wird, in folgender delicaten Weise durch ein drittes Flugblatt: „Arbeiter!" rief er aus, „das Volk von Mohrungen, wo Forckenbeck früher wohnte, und das Volk von Elbing, seiner jetzigen Heimath, haben ihn mit überwältigender Majorität verworfen; sie kennen ihn am besten. Und wir sollten ihn wählen? Nimmermehr!"

Wir schalten an dieser Stelle einen Bericht ein über eine Arbeiter-Versammlung, in welcher einer der Führer der conservativen Partei zu den Arbeitern sprach. Der Verfasser dieser Broschüre wohnte jener Versammlung nicht bei; er verdankt die folgende Mittheilung Herrn Dr. E. Graf, der ihn zur Veröffentlichung derselben mit dem selbstverständlichen Bemerken ermächtigt hat, daß die wahrheitsgetreue Wiedergabe der beiden Hauptreden eidlich constatirt werden kann. Der Bericht lautet also:

„Am Samstag den 16. Februar fand im Locale des Wirthes Knappertsbusch eine Versammlung von Wählern statt, „welche für v. Schweitzer gestimmt hatten und jetzt ihre Stimme dem Grafen Bismarck geben wollten". Bei meinem Eintritt in das Local erbat ich mir das Wort (die Verhandlungen waren bereits im Gange), und ließ die Versammlung abstimmen, ob ich bleiben und sprechen

Digitized by Google

dürfe. Beides wurde bereitwilligst gewährt und nur rühmend kann ich anerkennen, daß meine Ausführungen mit Ruhe angehört wurden. Ich präcisirte einfach unsere verschiedenen Standpunkte und versuchte nun, der Partei begreiflich zu machen, daß sie nach ihren Grundsätzen besser thue, mit uns, als mit den Conservativen zu gehen; ich verlas auch den Schweitzer'schen Brief an die „Rheinische Zeitung".*) Meine Rede fand gar keinen Anklang; es herrschte eine sehr erbitterte Stimmung gegen die Fortschrittspartei, und die bekannten Lassalle'schen Invectiven gegen die letztere wurden wiederholt vorgetragen. Inzwischen war Herr Justizrath Frhr. v. Hurter in Begleitung mehrerer Mitglieder der conservativen Partei eingetreten und es wurde ihm baldigst das Wort ertheilt. Genannter Herr wandte sich nun mit großer Emphase gegen die Fortschrittspartei, welche er als die „Bourgeoisie", „die Macht des Capitals" und somit als die natürliche Gegnerin der Arbeiter charakterisirte, und äußerte dabei Folgendes:

„„Die Fortschrittspartei hat die Lüge aufgebracht, Graf Bismarck werde kein Mandat annehmen;

„„Die Fortschrittspartei hat, als das Vaterland in Gefahr war, durch ihre verfluchten landesverrätherischen Friedensresolutionen den Feind zum Widerstande angefeuert;

„„Die Fortschrittspartei hat den Candidaten der Arbeiter herabzusetzen und zu schmähen gesucht. Nun, so weit mir die Vergangenheit des Mannes bekannt ist, so sind die meisten der gegen ihn ergangenen Urtheile der Art, daß sie ihm in den Augen der Fortschrittspartei eine Märtyrerkrone aufsetzen müßten; und was das eine Factum, die Verurtheilung in Mannheim, betrifft, nun, ich will das gerade auch nicht billigen, aber der ganze Unterschied liegt darin, daß hundert Andere dasselbe begehen, ohne dabei ertappt zu werden, während er dabei gefaßt worden ist;

„„Die Fortschrittspartei hat Ihnen ihren „geliebten Herrn v. Forckenbeck" aufzudrängen gesucht, einen Menschen, den das Volk in Mohrungen und Elbing, wo er doch zu Hause ist und das ihn doch besser kennen muß, verworfen hat, und solch' einen Menschen sollen Sie nun hier wählen!""

In meiner Replik hierauf bemerkte ich dem ꝛc. v. Hurter, daß, falls er eine solche Rede vor Gericht gehalten hätte, der Präsident des Gerichtshofes ihn vor die Thür gesetzt haben würde. Die Lüge, welche er der Fortschrittspartei vorwürfe, treffe nicht uns, da wir nur Herrn v. Bismarck's eigene Briefe veröffentlicht hätten; wenn er sich aber erfreche, einer Partei Landesverrath vorzuwerfen, so schleudere ich ihm diesen an seinen eigenen Hals zurück; es sei diese Frechheit um so größer, nachdem im vorigen Jahre alle Parteien gemeinsam für das Vaterland gestanden und geblutet hätten."

Die Vertheidigung der Moral des Herrn v. Schweitzer von Seiten eines Mannes, der die Rechtswissenschaft zu seinem Beruf erwählt hat, fällt um so schwerer in das Gewicht, als dieselbe in einer

*) Wir theilen denselben unten mit.

Digitized by Google

Versammlung erfolgte, in welcher seitens eines Arbeiters die Aeußerung geschah: „Wir werden an Schweitzer festhalten, und wenn derselbe ein Räuber und Mörder wäre!"

Von entscheidender Wichtigkeit war das Verhalten der socialdemokratischen Partei. Es lag für die Wahl im Wupperthale eine Art von Präcedenzfall vor, denn auch in Düsseldorf war es zu einer engeren Wahl zwischen dem Regierungs-Candidaten und dem Candidaten der liberalen Partei gekommen und hier hatte Herr von Schweitzer das Verhalten seiner Anhänger in klaren Worten präcisirt. An den dortigen Bevollmächtigten, Herrn Real, hatte er von Barmen aus unterm 14. Februar ein Schreiben gerichtet, dessen wesentliche Stellen die folgenden sind:

„Im Wahlkreise Düsseldorf wird eine engere Wahl zwischen dem Candidaten der conservativen und dem der liberalen (demokratischen) Partei stattfinden. Es tritt also an uns die Frage heran, für welchen der streitenden Theile wir uns zu entscheiden haben. Meines Erachtens ist diese Frage nach folgenden Gesichtspunkten zu entscheiden:

„Unser — der social-demokratischen Partei — Endziel ist die Freiheit und Gleichheit in socialer und politischer Beziehung. Das sociale Programm hat keine der streitenden Parteien mit uns gemeinsam; in dieser Beziehung stehen sie uns beide gleich fern.

„Anders jedoch steht es mit dem politischen Programm; die Forderung der politischen Freiheit und Gleichheit wird, wie von uns, so auch von der bürgerlichen Demokratie erhoben.

„Dies ist entscheidend für uns: wo wir nicht selbstständig und ganz auf unserem eigenen Boden stehen können, da haben wir gemeinsam mit der bürgerlichen Demokratie den Kampf gegen die reactionären Elemente zu führen. Da wir Social-Demokraten sind, so sind wir — möge dies nie vergessen werden! — auch Demokraten."

In Folge dessen faßte denn auch eine Versammlung der socialdemokratischen Partei zu Düsseldorf am 18. Februar im Beisein und auf Veranlassung des Herrn Dr. v. Schweitzer nachstehende Resolution:

„In Erwägung, daß die politische Freiheit sowohl für das Volkswohl überhaupt von höchster Wichtigkeit ist, als auch insbesondere als die unerläßliche Grundlage für die Bestrebungen der Arbeiterclasse betrachtet werden muß; in weiterer Erwägung, daß von dem Candidaten Herrn Groote erwartet werden muß, daß er im Norddeutschen Parlament für die Sache der Freiheit kräftig eintreten werde; aus diesen Gründen fordert die Versammlung alle Mitglieder der social-demokratischen Partei auf, bei der im Wahlkreise Düsseldorf stattfindenden engeren Wahl dem Candidaten Herrn Groote ihre Stimme zu geben."

Digitized by Google

Tags darauf, am 19. Februar, hatten die social-demokratischen Arbeiter von Elberfeld-Barmen auf der Kluse eine Versammlung. Ein Social-Demokrat präsidirte, ein Hochconservativer fungirte als stellvertretender Vorsitzender, zum Schriftführer wurde ein Liberaler gewählt.

Diejenigen, die glauben mochten, daß hier eine ähnliche Resolution zu Stande kommen würde, wie in Düsseldorf, gaben sich merkwürdigen Illusionen hin; Herr v. Schweitzer befürwortete und brachte zur Annahme folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Arbeiterpartei aus principiellen Gründen nicht für einen Candidaten der conservativen Partei stimmen kann; in weiterer Erwägung, daß die Fortschrittspartei in Elberfeld-Barmen durch ihr beispiellos gehässiges Vorgehen gegen die Arbeiterpartei dieser jedes Zusammenwirken mit ihr für diesmal unmöglich gemacht hat; aus diesen Gründen beschließt die Versammlung, die Mitglieder der social-demokratischen Partei aufzufordern, bei der in Elberfeld-Barmen stattfindenden engeren Wahl sich der Abstimmung zu enthalten."

Herr v. Schweitzer hielt über diese Resolution eine längere Rede; über dieselbe berichtet die „Westl. Provinzial-Zeitung" in Nr. 43 und 44, wie folgt:

„Herr v. Schweitzer selbst erläuterte diese Resolution dahin, daß nur die Partei als solche sich weder nach der einen noch der anderen Seite hin engagiren lassen solle, es bleibe jedoch allen Gliedern unbenommen, Graf Bismarck oder v. Forckenbeck die Stimme zu geben. Er sprach sich nicht bestimmt aus, gab aber durch seine Bemerkungen hinreichend zu verstehen, daß er wünsche, die Arbeiter möchten Graf Bismarck wählen."

Ferner:

„Das vielfache Rufen des Namens Bismarck aus der Versammlung habe ihn erkennen lassen, nach welcher Seite hin sich die Stimmung im Allgemeinen gelenkt habe. Er könne dem Einzelnen keine Vorschriften machen, für wessen Wahl sich derselbe entscheiden solle; ein Jeder möge dem Zuge seines Herzens folgen. Er empfiehlt dann die Resolution, gibt aber hinreichend zu verstehen, wen er den Arbeitern zur Wahl empfiehlt."

Die Arbeiter, welche für Herrn v. Schweitzer gestimmt hatten, verstanden die anonyme Empfehlung vollkommen.

Zwar sprachen sich in den Volksversammlungen zu Barmen (am 19.) und zu Elberfeld (am 20.) mehrere entschieden social-demokratische Arbeiter unbedingt für Forckenbeck aus, aber auf das Gros der social-demokratischen Partei blieb dies ohne Einfluß. Hatten doch die eigentlichen Führer Stimmenenthaltung empfohlen, und bis zum 20. Abends galt dies für das allein Richtige.

Ueber Nacht aber muß sich wohl stillschweigend ein wunderbarer Umschwung vollzogen haben, denn dieselben Arbeiter, welche am 19.

Digitized by Google

Abends feierlich beschlossen hatten, sich der Abstimmung zu enthalten, sie zogen am 21. massenhaft zur Wahl, und gerade diejenigen, welche für Enthaltung von der Wahl öffentlich gesprochen hatten, vertheilten an den Thüren der Wahllocale Stimmzettel mit dem Namen des Grafen Bismarck. Fast die ganze Partei, welche im ersten Wahlgange für Herrn v. Schweitzer gestimmt hatte, stimmte bei der engeren Wahl für den conservativen Candidaten, und also geschah es, daß am 21. Febr. die liberale Partei von der conservativ-altliberal-social-demokratischen Coalition geschlagen wurde und das Resultat folgendes war:

In Elberfeld wurden 8914, in Barmen 8264, zusammen 17,178 Stimmen abgegeben; ungültig waren in Elberfeld 20, in Barmen 27, zusammen 47 Stimmen. Gültig waren also in Elberfeld 8894, in Barmen 8237, zusammen 17,131 Stimmen. Herr Graf von Bismarck erhielt von diesen 17,131 Stimmen in Elberfeld 4907 Stimmen, in Barmen 5280, mithin zusammen 10,187 Stimmen, Herr Max von Forckenbeck in Elberfeld 3987 Stimmen, in Barmen 2957 Stimmen, mithin zusammen 6944 Stimmen.

Herr von Schweitzer war über dieses Ergebniß sichtlich überrascht: denn, siehe da, alle seine Anhänger hatte der Zug ihres Herzens zum Grafen Bismarck geführt! In einer Ansprache an die social-demokratischen Arbeiter im Wupperthal schrieb er:

„Obschon unsere Parteiversammlung Euch aufgefordert hatte, bei der engeren Wahl in Barmen-Elberfeld nicht mitzuwirken, habt Ihr gestern großentheils für den Grafen v. Bismarck gestimmt. Bei dieser engeren Wahl, in welcher es galt, zwischen dem preußischen Minister-Präsidenten und dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses zu entscheiden, ist durch Eure Stimmen der Graf v. Bismarck als Sieger aus der Wahlurne hervorgegangen. Was Ihr thatet, war ein verhängnißvoller Schritt; denn er birgt in sich den Keim einer unheilvollen Spaltung der vorwärtsdrängenden Elemente."

Indessen tröstete sich der Führer über den fast einmüthigen Ungehorsam seiner Anhänger. Er fuhr fort:

„Ihr wolltet denen eine Lehre geben, die, Eure Macht verkennend, in dünkelhaftem Uebermuthe Eure Bestrebungen zu Boden zu treten versucht hatten; Ihr wolltet ihnen zeigen, daß Ihr nicht gesonnen waret, die unsäthigen Schmähungen und elenden Verdächtigungen, welche Eure liberalen Gegner durch bezahlte Werkzeuge in die Welt geschickt hatten, vor Allem aber die Verkümmerungen Eures Wahlrechtes, ungestraft hingehen zu lassen. Ihr wolltet zeigen, daß die liberale Bourgeoisie Nichts ist ohne die Arbeiterclasse.

„Vielleicht auch, Arbeiter, war Eure Abstimmung eine Huldigung, nicht zwar für den Candidaten der conservativen Partei, wohl aber für den Minister, der aus eigenem Antriebe ein Volksrecht Euch zurückgegeben, welches die liberale Opposition für Euch zu fordern so hartnäckig vergessen hatte."

Digitized by Google

Also sind die Liberalen im Wupperthal gezüchtigt und also ist Graf Bismarck auch in Elberfeld-Barmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. Der große Staatsmann, dem wir ein Vertrauensvotum geben sollten, hat indessen, wie sich dies von selbst verstand, die Wahl abgelehnt. „Freuen wir uns des Resultats! Es war ein harter Kampf!" rief die „Westl. Prov.-Ztg." jubelnd aus, als sie das Ergebniß der engeren Wahl mittheilte; sie hätte hinzufügen können: „Es war ein Kampf, geführt mit den Waffen der Wahrheit; treue, gleichgesinnte Bundesgenossen standen uns zur Seite und der Preis des Sieges war des Kampfes werth!" Dem Reichstage fehlt sein natürlicher Präsident, Elberfeld-Barmen ist bis auf Weiteres im Parlamente nicht vertreten, alle Beschwerden und Opfer der letzten Wochen waren vergeblich — das ist der Sieg, den die conservative Partei im Bunde mit den Social-Demokraten über die Liberalen davongetragen hat! „Freuen wir uns des Resultats, es war ein harter Kampf!"

Gedruckt bei Sam. Lucas in Elberfeld.

Digitized by Google

Digitized by Google

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

JUN 28 62 H

Digitized by Google